

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 RM., bei Wochenzustellung 1,20 RM. Zusätzliche Beiträge für die Zustellung durch die Post sind zu zahlen. Einzelnummern 10 Pf. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Abbestellung durch die Geschäftsstelle.

Abbestellung durch die Geschäftsstelle. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Abbestellung durch die Geschäftsstelle.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 203 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Montag, den 1. September 1930

## Revision! Revision!

Die Erkenntnis, daß der Vertrag von Versailles nicht durchführbar ist, bricht sich immer mehr Bahn. In Deutschland ist diese Auffassung Allgemeinut des Volkes, aber auch im Ausland haben sich in letzter Zeit gewichtige Stimmen gemeldet, die den Versailler Vertrag für nicht erfüllbar und für stark revisionsbedürftig halten. Geradezu sensationell waren die Darlegungen, die der bekannte deutsche Volkswirtschafts- und ehemalige Universitätslehrer Prof. Dr. Max Sering auf einer Zusammenkunft landwirtschaftlicher Sachverständiger an der amerikanischen Cornell-Universität gemacht hat, bei denen er nachwies, daß die jetzige Weltwirtschaftskrise, von der auch Amerika nicht verschont geblieben ist, letzten Endes auf die dem Versailler Vertrag entspringenden ungeheuren Reparationslasten Deutschlands zurückzuführen ist. Auch in der Presse der Länder, die Deutschland nicht durch die nationalfeindliche Brille sehen, haben sich in letzter Zeit die Stimmen gemehrt, die nach sachlicher Untersuchung zu dem Ergebnis kamen, daß die jetzige Form des Versailler Vertrages eine Unmöglichkeit ist.

Zu den unbedingten Verfechtern des Vertrages zählt natürlich Frankreich, das auch der Hauptmynischer des Vertrages ist. Für die französische Öffentlichkeit galt der Vertrag von Versailles bisher als ein Nährmilchtrank. Es wurde schon als ein großes Verbrechen empfunden, wenn man es überhaupt wagte, sich auch nur mit einer Silbe mit dieser Frage zu beschäftigen. Um so auffälliger ist die Tatsache, daß sich jetzt der ehemalige französische Ministerpräsident Poincaré, der bisher einer der Hauptverfechter der These war, daß an Versailles nicht gerüttelt werden dürfe, zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß es für Deutschland doch Möglichkeiten gebe, die schweren Ketten des Vertrages zu lockern. Poincaré weist in einem Artikel in der „Illustration“ selbst darauf hin, daß der Vertrag von Versailles ja schon einige Revisionen sich hat gefallen lassen müssen. So hätten die Alliierten auf den Auslieferungsparagrafen verzichtet, der verlangt hatte, daß der Deutsche Kaiser sowie einige hervorragende deutsche Heerführer nach Beendigung des Krieges an die Entente zur Aburteilung als Kriegsverbrecher ausgeliefert werden sollten; so seien die deutschen Zahlungsverpflichtungen wiederholt geändert und herabgesetzt worden und schließlich sei auch die Räumung des Rheinlandes vor dem im Versailler Vertrag festgesetzten Termin erfolgt.

Das Recht Deutschlands zur Herbeiführung einer Revision des Friedensvertrages leitet Poincaré aus dem Artikel 19 der Völkerverträge ab, der die Revision von Verträgen und internationalen Verhältnissen von der „Unabwendbarkeit“ oder von einer „ernsthaften Gefährdung des Friedens“ abhängig mache. Allerdings sei für einen Revisionsbeschluß die Einstimmigkeit des beschließenden Gremiums notwendig, und wenn diese Einstimmigkeit, wie vorauszusetzen, nicht erzielt werden könne, müßte die Frage einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet werden, wozu allerdings die beteiligten Regierungen ihr Einverständnis geben müßten.

Diese Untersuchung der Revisionsmöglichkeiten von Versailles ist auf die Debatte zurückzuführen, die in letzter Zeit über die Unhaltbarkeit des Korridors geführt worden ist. Poincaré weist darauf hin, daß der polnische Außenminister Jazłowski niemals seine Zustimmung dazu geben würde, daß die Korridorangelegenheit vor einem internationalen Gerichtshof entschieden werden würde. Zugleich macht aber der ehemalige französische Ministerpräsident das immerhin sensationelle Geständnis, daß es auch in Frankreich zahlreiche Politiker und Patrioten gebe, die der Ansicht seien, daß Frankreich keinen Anlaß habe, es wegen Polen zu einem Konflikt mit Deutschland kommen zu lassen. Vielmehr sei es an Polen, nachzugeben oder sich mit dem Konflikt abzufinden. Daß Poincaré zu diesen Patrioten nicht gehört, braucht wohl kaum betont zu werden. Er hält den Versailler Vertrag für durchaus in der Ordnung und sieht es auch für gerecht an, daß Polen den Korridor und Oberschlesien zugesprochen erhalten hat, wobei er allerdings hinzuzufügen vermag, daß Präsident Wilson, der bei diesem Länderhandel mitwirkte, keine Ahnung davon hatte, wo das in Betracht kommende Gebiet überhaupt gelegen war.

Poincaré's Ausführungen haben zunächst natürlich rein theoretischen Wert. Aber es ist doch immerhin von Wichtigkeit, zu wissen, daß es auch in Frankreich führende und man kann wohl sagen durchaus nicht deutschfreundliche Persönlichkeiten gibt, die eine friedliche Revision von Versailles als durchaus im Bereiche der Möglichkeit liegend halten. Diese Revision aber muß kommen und wird kommen.

## Reichsaußenminister Curtius erkrankt.

Erholungspause in Berlin.

Reichsaußenminister Dr. Curtius erlitt während einer Wahlrede, die er in Baden-Baden hielt, einen Ohnmachtsanfall, der ihn zwang, die Versammlung zu verlassen und sich in sein Hotel zu begeben. Dr. Curtius ist dann von Baden-Baden nach Berlin gereist, wo er sich in den nächsten Wochen erholen will.

## Pilsudski löst das Parlament auf

### Änderung der polnischen Verfassung

Neuwahlen im November.

Ein Erlass des polnischen Staatspräsidenten, hinter dem als eigentlicher Vater der Gesetze der neuernannte Ministerpräsident Marschall Pilsudski steht, verkündet die Auflösung des Sejms und des Senats mit Wirkung vom 30. August. Die Neuwahlen zum Sejm sind auf den 16. November, die Neuwahlen zum Senat auf den 23. November d. J. festgesetzt worden. Der Staatspräsident bringt in seinem Erlass zum Ausdruck, daß er sich nach reiflicher Überlegung zu diesem Schritt entschlossen habe, nachdem er einsehen mußte, daß die Abänderung der Grundrechte (also der Verfassung) die Voraussetzung für die Mitwirkung aller Staatsbürger an der Regierung sei. Die Abänderung sei notwendig, um das jetzt herrschende Rechtschaos zu beseitigen. Nachdem er sich überreut habe,

daß diese Abänderung trotz seiner Anstrengungen mit Hilfe des bestehenden Sejms nicht möglich sei, habe er sich zur Auflösung des Parlamentes entschlossen.

Im aufgelösten polnischen Landtag stand seit längerer Zeit eine geschlossene Mehrheit dem Verlangen der zu Pilsudski haltenden hauptsächlich aus Anhängern der Militärpartei bestehenden Minderheit gegenüber, die Staatsgeschäfte lediglich von ihrem Willen abhängig zu machen. Unter der jetzigen von Pilsudskis Entscheidungen abhängigen Regierung sind sowohl die inneren wie die äußeren Verhältnisse Polens heillos verfahren worden, namentlich die wirtschaftliche Krise droht allmählich alle Dämme niederzureißen. Erst in den letzten Tagen bedrohte Marschall Pilsudski durch maßlose Angriffe auf die Mehrheit der Volksvertretung wie der Parlamentsmehrheit überhaupt, daß er nunmehr eine andere Regelung an die Stelle der bisherigen setzen will. Darunter ist wohl nur die Einrichtung seiner persönlichen Diktatur zu verstehen.

### Überfall auf den Landtagspräsidenten.

Der heftige, persönlich gefärbte Vorstoß des Marschalls Pilsudski gegen den Landtag hat bereits seine Früchte getragen. In die Wohnung des bekannten Vauernführers und Vizepräsidenten des polnischen Sejms, Domb ski, die in der Warschauer Vorstadt Soliborz liegt, drangen vier Offiziere ein, die den oppositionellen Politiker überfielen und ihn bis zur Bewußtlosigkeit verprügelten. Ein Unteroffizier hielt inzwischen auf der Straße Wache. Das Dienstmädchen des Abgeordneten schlug Alarm, worauf Leute aus der Nachbarschaft herbeieilten und die Offiziere verschwand.

Die Landtagsabgeordneten nehmen an, dieser Überfall werde nur das Zeichen zum Beginn weiterer Attentate der radikalen Freunde Pilsudskis bilden. Bereits wurde ein anderer Abgeordneter auf der Straße in außerordentlicher Weise beschimpft. Man glaubt, daß die Offiziere eine Redemündung in der letzten öffentlichen Erklärung Pilsudskis, die Abgeordneten sind nur gerichtlich unantastbar, in jeder anderen Beziehung sind sie durchaus antastbar, als Aufforderung zu Überfällen verstanden haben.



Wolski, Staatspräsident in Polen.

Inzwischen soll auch die Vermählung seiner Tochter stattfinden. Dr. Curtius gedenkt sich am Wahlkampf nicht mehr zu beteiligen, um genügende Kräfte für seine Teilnahme an der bevorstehenden Genfer Ratstagung zu sammeln.

### Dr. Brüning geht nicht nach Genf.

Innerhalb der Reichsregierung war erwogen worden, daß der Reichskanzler und der Reichsaußenminister mit der deutschen Delegation nach Genf reisen sollten. Der Plan der Kanzlereise ist aber aufgegeben worden und dabei soll mitgesprochen haben, daß auf eine inoffizielle Wiederanknüpfung der in Paris abgebrochenen deutsch-französischen Verhandlungen über das Saargebiet verzichtet worden ist. Die Reichsregierung wird durch Doktor Curtius vertreten werden, der über den Wahltag hinaus bis zum Ende der Völkervertagung in Genf bleiben will.

Deutschland in Frieden und Freundschaft leben, wenn gleich es die politischen Ziele beider Staaten ablehne. Die dem deutschen Heere auferlegten Beschränkungen müßten in jeder Beziehung verschwinden.

### General Hammersteins Meinung.

Die Beziehungen zu Rußland.

In der Presse wurden die Erörterungen anlässlich des bevorstehenden Besuchs im Reichswehrministerium in gewissen Zusammenhang mit der Stellung der Reichswehr im Staate überhaupt gebracht. Nebenher gingen diese und jene Andeutungen über den sogenannten „Fall Amlinger“. Der Rittmeister a. D. Amlinger stürzte bekanntlich bei einem privaten Aufenthalt in Rußland mit dem Flugzeug tödlich ab. Zu den gesamten Meinungsäußerungen gibt nun eine interessante Illustration neben der bereits bekannten Erklärung des Reichswehrministeriums selbst ein vor kurzem erschienener Artikel des voranstehlichen Nachfolgers des jetzigen Chefs der Heeresleitung, General's Hebe, des Generals von Hammerstein. Er sagt u. a. in der Veröffentlichung:

„Die Reichswehr ist im Kampf gegen den Kommunismus entstanden. Er war niedergeworfen, als Deutschland das Versailler Diktat annahm. Damals hat es wohl Stimmen gegeben, die riefen, sich mit dem geschlagenen Gegner zu versöhnen und sich der bolschewistischen Idee in die Arme zu werfen, um mit Hilfe Rußlands, der einzigen Macht Europas außerhalb des Versailler Systems, den Freiheitskampf anzunehmen. Während des Vordringens der russischen Heere nach Polen stand der „Nationalbolschewismus“ auf seinem Höhepunkt. 1923, während des Ruhrkampfes, lebte er noch einmal auf. Seitdem ist der Gedanke des „Nationalbolschewismus“ tatsächlich tot. Politik betreibt die Reichswehr überhaupt nicht, sondern die Richtlinien für ihr Handeln empfängt sie von der Reichsleitung. Gegenüber Rußland sind es dieselben wie gegenüber jedem Staat, zu dem das Deutsche Reich gute Beziehungen unterhält: wir suchen militärisch von ihm zu lernen und zeigen seinen Offizieren auch, was wir militärisch können. Denn, so sehr wir auch die weltrevolutionären Bestrebungen ablehnen und bekämpfen, so darf Deutschland darüber nicht vergessen, daß Moskau nicht nur das „Eck“, sondern in erster Linie die Regierung des russischen Reiches beherbergt, das auch heute noch ein wirtschaftlicher und politischer Machtfaktor ist, mit dem jeder europäische Staat rechnen muß.“

## Generaloberst von Seeckt über deutsche Politik

Dortmund, 31. August. Die Deutsche Volkspartei hatte hier Sonnabend eine Wahlversammlung einberufen, in der der Generaloberst von Seeckt programmatische Ausführungen machte. Er erklärte, in der Außenpolitik müsse das wichtigste Ziel die Wiederaufrichtung Deutschlands als Machtstaat sein, d. h. die Wiederherstellung seiner Weltgeltung, wie sie Deutschland bei seiner Größe und Bedeutung zukomme. Zwischen den Völkern sei eine Verständigung anzustreben. Deutschland habe kein Interesse daran, sich einer europäischen Zusammenarbeit auf Grund der Vorschläge Briand's zu widersetzen. Es müsse so lange mitarbeiten, wie seine Belange gewahrt würden. Voraussetzung hierfür sei jedoch die Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands.

Generaloberst von Seeckt betonte weiter die Bedeutung des Kampfes gegen den Vertrag von Versailles für die Befriedung Europas. Dabei hob er drei Forderungen als besonders wichtig hervor. Klare Rechnen mit der gegenwärtigen Lage nach dem verlorenen Krieg, keine nachträgliche Kritik an dem, was geschehen sei, sondern Aufbauarbeit unter Abfindung mit den gegebenen Verhältnissen, Wiederherstellung des Vertrauens zur Führung in der Außenpolitik, deren Ziel bleiben müsse: Verständigung, Friede, Zusammenleben. Im Osten sei das Deutschum zu erhalten. Der Korridor sei eine dauernde Bedrohung Dithrenens. Mit Italien und Rußland müsse

Abonnieren Sie das Wilsdruffer Tageblatt